



KNOW FAKE
Ein Projekt zur Bekämpfung von Desinformation
2022-1-KA220-ADU-000089332

Positionspapier: KNOW FAKE

1. Gefahr durch Fake News

In modernen Gesellschaften sind digitale Medien zu zentralen Informationsquellen geworden. Besonders junge Menschen beziehen ihre Nachrichten zunehmend aus dem Internet und über soziale Medien. Diese Entwicklung hat die Meinungsbildung stark verändert. Fake News stellen dabei eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar, da sie Meinungen manipulieren und demokratische Prozesse gefährden.

2. Bedeutung von Medienkompetenz

Um sich in einer zunehmend digitalisierten Welt zurechtzufinden und aktiv an der Demokratie teilzuhaben, ist Medienkompetenz unerlässlich. Sie befähigt Bürger:innen, Desinformation zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Bildungskampagnen müssen in Schulen und für alle Bürger:innen entwickelt werden, um diese Fähigkeiten zu vermitteln und somit eine informierte und mündige politische Partizipation zu fördern.

3. Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten

Die wachsende Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) birgt neue Herausforderungen. Inhalte, die durch KI generiert wurden, müssen klar gekennzeichnet werden. 2024 warnten 350 Experten vor den Gefahren von KI, darunter führende Köpfe wie Sam Altman (ChatGPT) und Demis Hassabis (Google DeepMind). Die Gefahr von Wahlmanipulation, Propaganda oder Täuschung durch KI erfordert klare Regulierungen. Dazu zählen Grundsätze wie Transparenz, Sicherheit und ethische Verantwortlichkeit.

4. Verantwortung der Social Media Plattformen

Soziale Medien spielen eine zentrale Rolle in der Verbreitung von Fake News. Plattformen müssen rechtlich stärker in die Verantwortung genommen werden, um die Verbreitung von Desinformation aktiv zu verhindern. Hierfür sind klare Richtlinien notwendig.

5. Medienkompetenz als demokratische Grundlage

Medienkompetenz ist ein entscheidender Faktor für die Demokratiekompetenz. Fortbildungen für Lehrkräfte, Projekttag sowie die kritische Auseinandersetzung mit KI in Bildungskonzepten sind nötig.



6. Schutz der Unabhängigkeit der Medien und Medienpluralismus (vgl. dazu beigefügte Infos zum Medienfreiheitsgesetz der EU)

Die Unabhängigkeit der Medien ist wesentlich für Demokratie. Neue Vorschriften sollen künftig die Unabhängigkeit der Medien und Medienpluralismus in der EU besser schützen. (Medienfreiheitsgesetz). Wir unterstützen die europäische Initiative und treten für den Schutz **der Unabhängigkeit der Medien und Medienpluralismus** ein. Investigativer Journalismus und Medienvielfalt sind entscheidend für eine gesunde Demokratie.

September 2024

Koordinator:

Stiftung Medien- und Online Sucht
Deutschland



Stiftung Medien- und Online Sucht
- gemeinnützige Stiftung -

www.stiftung-medienundonlinesucht.de

Systeme in Bewegung e.V.
Deutschland



Systeme
in Bewegung e.V.

www.systemeinbewegung.de

Lernwerkstatt Europa e.V.
Uchebna Rabotilnitsa Evropa
Sdruzhenie
Bulgaria



Lernwerkstatt Europa e.V.

www.lernwerkstatt-bg.eu

Poklicni center Obala
Slowenien



www.pco.si

Educommart *Treffpunkt für
kreative Bildung* gemeinnützige
Partnerschaft
Griechenland



www.educommart.org

**Österreichische Gesellschaft für
Kinderphilosophie**
Austria



www.kinderphilosophie.at

Anhang zu Punkt 6 Positionspapier:

Neues Europäisches Medienfreiheitsgesetz seit 7. Mai 2024 in Kraft

Freie Medien sind eine tragende Säule jeder Demokratie und entscheidend für eine gesunde Marktwirtschaft. Weltweit ist die Europäische Union nach wie vor eine Hochburg der freien Medien und setzt Standards als demokratischer Kontinent. Dennoch gibt es zunehmend besorgniserregende Tendenzen. Aufbauend auf früheren Bemühungen hat die Kommission deshalb eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus und darüber hinaus zur Verbesserung des freien Dienstleistungsverkehrs in der EU ergriffen. Höhepunkt ist das [Europäische Medienfreiheitsgesetz](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act_de), das am 7. Mai 2024 in Kraft trat. Die neuen Vorschriften gelten in vollem Umfang ab dem 8. August 2025.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act_de

Neue Vorschriften zum Schutz des Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien

Mit dem europäischen Medienfreiheitsgesetz wurde ein neues Regelwerk zum Schutz des Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien in der EU eingeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass öffentlich-rechtliche und private Medien im EU-Binnenmarkt leichter grenzüberschreitend tätig werden können, ohne unzulässigem Druck ausgesetzt zu sein. Außerdem wird dem digitalen Wandel des Medienraums Rechnung getragen.

Unter anderem wird das Europäische Medienfreiheitsgesetz

- die redaktionelle Unabhängigkeit schützen
- journalistische Quellen schützen – auch gegen den Einsatz von Spyware
- den unabhängigen Betrieb öffentlich-rechtlicher Medien sicherstellen
- die Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Medien verbessern
- Medien vor der ungerechtfertigten Löschung von Inhalten durch sehr große Online-Plattformen schützen
- ein Recht auf persönliche Anpassung des Medienangebots auf Geräten und über Schnittstellen einführen
- die Transparenz bei der staatlichen Werbung für Mediendienstleister und Online-Plattformen gewährleisten
- dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten die Auswirkungen wichtiger Medienmarktkonzentrationen auf den Medienpluralismus und die redaktionelle Freiheit bewerten
- die Transparenz von Publikumsmessungen für Mediendienstleister und Werbetreibende stärken

Es wird ein neues unabhängiges Europäisches Gremium für Mediendienste eingerichtet, das aus den einzelstaatlichen Medienaufsichtsbehörden oder -stellen besteht und dessen Sekretariat von der Kommission gestellt wird. Das Gremium wird im Februar 2025 die Arbeit aufnehmen und unter anderem die wirksame und kohärente Anwendung des EU-Medienrechts fördern. Es wird die Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) ablösen, die im Rahmen der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste eingerichtet wurde.

Internationale Beispiele von Fake News

1. KI-generierte Bilder: Im Jahr 2023 sorgten KI-generierte Bilder von Donald Trump, der angeblich festgenommen wurde, und von
2. Papst Franziskus in einem modischen Daunenmantel für Aufsehen. Diese Bilder waren komplett gefälscht, aber viele Menschen hielten sie für echt.
3. Explosion am Pentagon: Ein gefälschtes Foto einer Explosion am Pentagon verbreitete sich im Mai 2023 weltweit und verursachte Panik, obwohl es nie eine solche Explosion gab.
4. Lebende Leichen in Butscha: Nach dem Rückzug russischer Truppen aus Butscha, Ukraine, behaupteten einige, die Leichen auf den Straßen seien Schauspieler. Diese Behauptung wurde durch eine Analyse als falsch entlarvt.
5. Der "Geist von Kiew": Zu Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 kursierten Berichte über einen ukrainischen Kampfpiloten, der zahlreiche russische Flugzeuge abgeschossen haben soll. Diese Geschichte stellte sich als erfunden heraus.
6. Buschbrände in Australien: Während der Buschbrände 2019/2020 in Australien verbreiteten sich Falschmeldungen, die Brandstiftung als Hauptursache angaben, obwohl die Klimakrise eine wesentliche Rolle spielte.